



## DPoIG-Landesvorstand im Gespräch mit der CDU-Fraktion im Landtag

Der geschäftsführende DPoIG-Landesvorstand nahm am 20. Januar 2015 gerne die Einladung des neuen innenpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, MdL Dr. Axel Bernstein, zu einem Meinungsaustausch an.



> MdL Dr. Axel Bernstein

Dr. Bernstein ist studierter Historiker und Unternehmensberater und seit 2005 Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein. Er übernahm im November 2014 die Aufgabe des Vorsitzenden vom Fraktionsarbeitskreis Innen und Recht der CDU.

Auch wenn es natürlich wichtiger ist, über die Gegenwart und die Zukunft zu sprechen, führte in diesem Fall kein Weg daran vorbei, auch einen Blick in die jüngere Vergangenheit zu werfen. Immerhin war es eine CDU-geführte Landesregierung, die viele schmerzhaft finanzielle Einschnitte bei der Polizei zu verantworten hatte. Diese Kritik sei durchaus nachvollziehbar, meinte Dr. Bernstein. Man habe in Regierungsverantwortung sich sehr stark auf die Konsolidierung von Finanzen konzentriert und unterschätzt, welche Auswirkungen

diese Sparmaßnahmen entwickelten. Die DPoIG erinnerte in diesem Zusammenhang neben den Kürzungen bei den Sonderzuwendungen und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit an die Streichung der Jubiläumsumzuwendung. Diese sei ein katastrophaler Fehler gewesen, der Einspareffekt niedrig, der Vertrauensverlust und die Frustration beim Personal hingegen hoch. Dr. Bernstein versicherte, die CDU habe aus den Fehlern gelernt, und man fordere jetzt auch nur, was man solide durchfinanzieren kann.

Auch beim nächsten Thema, dem Rückzug der Polizei aus der Fläche, kam die DPoIG nicht umhin, Dr. Bernstein vorzuhalten, dass es der letzte CDU-Innenminister Klaus Schlie in Kooperation mit Wolfgang Kubicki von der FDP waren, die kurz vor der Wahl das „Personalverteilungskonzept“ noch durchgewunken haben. Die Äußerungen auf einer Podiumsveranstaltung in Wilster seien noch präsent, viele betroffene Kollegen haben Schlie und Kubicki eher als Totengräber der kleinen Polizeidienststellen in Erinnerung. Insofern sei man erstaunt über die Kehrtwende, aber man kann ja aus Fehlern lernen. Fakt ist, dass die negativen Folgen der Schließung kleiner Polizeidienststellen schöngeredet werden, um sie politisch durchzusetzen. Zentralisierung von Polizeiarbeit mag ökonomisch sinnvoll erscheinen, ist polizeitaktisch aber ein Kardinalfehler, den man nur schwer korrigieren kann. An vielen Einzelbeispielen wusste Frank Hesse dann aus dem Bereich Stein-

burg/Dithmarschen zu berichten, wo die konkreten Negativfolgen nach den Schließungen zu beobachten sind.

Einen großen Anteil nahmen die Gespräche über die geplanten Personaleinsparungen ein. Die DPoIG erneuerte die Bedenken gegen eine Auslagerung der IT. Die polizeiliche IT muss in der Hand der Polizei bleiben, damit sie auch krisenfest funktionsfähig gehalten wird.

Insgesamt trat die DPoIG dem Anschein entgegen, der von der Landesregierung gerne verbreitet wird, die Kürzungen und Umsteuerungen bei der Polizei seien ein Klacks. Wir berichteten Dr. Bernstein über die Probleme in der Fläche, überhaupt den täglichen Dienst auskömmlich organisieren zu können. Ständige kurzfristige Veränderungen durch Sonder Einsätze und ein auf Kante genähter Personaleinsatz, der bei jeder Krankmeldung kollabiert, seien der Alltag. Das mache die Kollegen krank, nicht umsonst ist die Krankenquote bei der Polizei auffällig. Dienstplanung muss verlässlich werden und kurzfristige Dienstveränderungen müssen, wenn sie unabänderlich sind, dann finanziell besser vergütet werden.

Erstaunte Reaktionen führte die Aussage von Dr. Bernstein hervor, dass es ja jetzt beim Digitalfunk deutliche Verbesserungen geben soll. So werde das jedenfalls im politischen Raum dargestellt. Dem trat die DPoIG entschieden entgegen. Man wolle das Thema nicht unendlich öffentlich diskutieren,

aber wenn minimale Verbesserungen als Erfolgsmeldungen verkauft werden, dann ist das nicht redlich. Die Problematik des Digitalfunks hat sich leicht verbessert, von katastrophal zu mangelhaft. Darüber könne sich niemand freuen. Sicherheitsmängel seien immer noch an der Tagesordnung. Die meisten Kollegen haben das Vertrauen in den Funk als Einsatzmittel zum Schutz ihrer Gesundheit im Ernstfall verloren.

Dr. Bernstein teilte noch mit, dass die CDU die Stelleneinsparungen gerne verhindern möchte, der Fehlbedarf von 160 Stellen soll sukzessive durch Mehreinstellungen ausgeglichen werden. Das sei auch solide finanzierbar. Schlussendlich mahnte die DPoIG an, dass an den Aufgaben der Polizei gearbeitet werden müsse, und bat darum, die CDU möge sich für die Initiativen der DPoIG auf Bundesebene einsetzen zur beweisensicheren Anerkennung von Atemalkoholtests auch bei Straftaten, zur Einführung der Halterhaftung auch im fließenden Verkehr und zur Entlastung der Polizei bei Schwertransportbegleitungen.

Als letztes Thema brachten wir die „Einführung des Tases“ vor. Aus Sicht der DPoIG brauchen wir die Schließung der Vollzugslücke zwischen Pfefferspray/Schlagstock und Schusswaffe. Dr. Bernstein zeigte sich interessiert erhielt von uns entsprechendes Informationsmaterial.

Weitere Treffen wurden vereinbart.

*Torsten Gronau,  
Landesvorsitzender*

### Impressum:

Redaktion:  
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0171.2745289  
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:  
Muhliusstraße 65  
24103 Kiel  
Tel. 0431.2109662  
Fax 0431.38671061

Internet: [www.dpolg-sh.de](http://www.dpolg-sh.de)  
E-Mail: [dpolg-sh@t-online.de](mailto:dpolg-sh@t-online.de)  
Fotos: Th. Nommensen  
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:  
[www.facebook.com/dpolg.sh](http://www.facebook.com/dpolg.sh)



ISSN 0937-4841



Kreisverband Lübeck-Ostholstein

## Digitalfunk bei der Landespolizei – Anspruch und Wirklichkeit

Seit dem Jahr 2012 funkt die Landespolizei Schleswig-Holstein digital. Genauer gesagt, befindet sich der polizeiliche Digitalfunk seit über zwei Jahren im sogenannten „Erweiterten Probetrieb“. Nachdem Anfang 2013 auch die Regionalleitstelle (RLS) Lübeck, „Südwind“, ans Netz ging und für den Bereich der Landkreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn, Ostholstein sowie der Hansestadt Lübeck den Digitalfunk koordiniert, zeigte sich schnell, dass das System noch viele Tücken, Mängel und Unzulänglichkeiten hatte.

Funklöcher (sogenannte „weiße Flecken“) wurden verschiedentlich festgestellt, die Sprachqualität erwies sich in Teilen als außerordentlich problematisch und führte dazu, dass bei Funksprüchen wegen Rauschen, großer Lautstärke-schwankungen und Gesprächsabbrüchen häufig nachgefragt werden musste.

Als besonders problematisch stellte sich von Anfang an die Erreichbarkeit von digitalen Handfunkgeräten (HRT) in Gebäuden dar.

Darüber hinaus wurde schnell klar, dass die 159 im Land aufgestellten Tetra-Funkmasten nicht ausreichend waren, es also einen weit größeren Bedarf gab, um eine in allen wesentlichen Bereichen akzeptable Erreichbarkeit herzustellen. Mehr noch: Bei einem nicht geringen Anteil der aufgestellten 159 Masten wurde ermittelt, dass diese falsch ausgerichtet worden waren und aufwendig nachjustiert werden mussten.

Zusätzlich zu den für die Grundausstattung des landesweiten Digitalfunks ausgegebenen über 60 Millionen Euro musste für die „Netzoptimierung“ ein Betrag von weit über zehn Millionen Euro kurzfristig im Landeshaushalt veranschlagt werden.

Betroffen von den nicht ausreichend oder fehlerhaft aufgestellten Funkmasten waren auch das Stadtgebiet Lübeck sowie einige Bereiche in Ostholstein und Herzogtum Lauenburg. Das Aufstellen eines dringend benötigten zusätzlichen Funkmastes in der Lübecker Innenstadt dauerte elf Monate vom erkannten Bedarf bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme des Mastes.

Aber nicht nur bei der Netzabdeckung und der Feldstärke des Digitalfunknetzes wurden Probleme festgestellt. Auch bei den HRT wurde über technische wie auch taktische Mängel Beschwerde geführt. So seien die Antennen der HRT „bruchsensibel“ und entsprechend störungsanfällig. Darüber hinaus zeigte sich, dass die mitgelieferten Hörsprechgarnituren feuchtigkeitsempfindlich sind und es dadurch zu Ausfällen etwa bei Regen kommt. Zudem bemängeln die Kolleginnen und Kollegen, die täglich mit den HRT arbeiten müssen, dass das Display sowie auch die Statustasten am Gerät zu klein sein würden.

Nur am Rande sei hier erwähnt, dass neben den reinen Digitalfunkproblemen häufig auch die komplizierte, praxisferne sowie schwierige Bedienbarkeit des FMS-Statussystems

bemängelt wurde und wird. Das sei – so die Erfahrungen – auch durch die Einführung des digitalen Status nicht signifikant besser geworden.

Nachdem auch Anfang des Jahres 2015, trotz anerkannter Bemühungen des LPA zur Netzoptimierung und Nachbesserung in einigen der beschriebenen Felder, immer noch allenthalben und in nahezu allen Bereichen der RLS „Südwind“ Probleme auftauchen und sowohl die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße als auch die Mitarbeiter auf der RLS Beschwerde über den Digitalfunk führen, war es an der Zeit, eine aktuelle Bestandsaufnahme zu führen.

Mit Verwunderung nahm die DPoIG in diesem Zusammenhang eine Presseveröffentlichung im Lokalteil Lübeck der „Lübecker Nachrichten“ (LN) vom 3. Januar zur Kenntnis, in der mit Bezug auf den Vorstand der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgesprochen positiv über den aktuellen Stand in Sachen Digitalfunk berichtet wurde.

Den Kreisverband Lübeck-Ostholstein der DPoIG erreichten als Reaktion zahlreiche Anfragen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus nahezu allen Bereichen, für die die

RLS „Südwind“ zuständig ist, ob man denn ähnlich zufrieden mit dem Sachstand beim Digitalfunk sei. Nicht wenige Rückmeldungen hierzu ergaben demgegenüber eine anhaltende Unzufriedenheit, teils mit Schilderungen von drastischen Problemen, die hochaktuell sind.

Die DPoIG nahm das zum Anlass, der Redaktion der LN die kritischere Sichtweise der DPoIG zum Thema Digitalfunk zukommen zu lassen. In den darauffolgenden Tagen und Wochen berichteten die LN dann wiederholt über das Thema.

Mitte Januar 2015 wurde der Redaktion der LN sowie auch der Kieler Landespolitik ein anonymes Schreiben von Lübecker Polizeibeamten zugestellt. In diesem schilderte man anhand eines konkreten Falles, in dem man aufgrund nicht vorhandener Funkanbindung zur RLS in eine hochgefährliche Situation am Einsatzort gekommen war, wie frustriert und „wütend“ man über derlei Probleme mit dem Digitalfunk sei.

Ende Januar war zu vernehmen, dass sich der Vorstand der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein der GdP in einem im Internet veröffentlichten offenen Brief an Innenminister Stefan Studt (SPD) wandte. Man schilderte darin das

„scheinbar nicht endende Dilemma“ mit dem Digitalfunk im Bereich der RLS Lübeck und bat Minister Studt, das Thema zur „Chefsache“ zu machen.

Wohl auch durch die öffentliche, sehr kritische Berichterstattung aber sicherlich nicht zuletzt durch den anonymen Brief der Lübecker Polizeibeamten sah man sich aufseiten des Dienstherrn veranlasst, bei der Polizeidirektion Lübeck eine Dienststellenleiterbesprechung unter Beteiligung von namhaften Vertretern des Innenministeriums sowie der verantwortlichen Stellen des LPA zum Thema Digitalfunk durchzuführen. Auch Vertreter der Kreisvorstände von DPoIG und GdP waren hierzu geladen. Neben einer Sachstandsschilderung von Mitarbeitern des LPA legten Vertreter von Behörden- und Dienststellenleitungen sowie auch Gewerkschaftsvertreter ihre Wahrnehmung zu den Problemen

dar. Es wurden Lösungsansätze skizziert und durchaus kontrovers diskutiert.

So wurde von einigen Teilnehmern der Besprechung die Nutzung der sogenannten „Gateway“-Funktion (Nutzung des in den Streifenwagen eingebauten Festgerätes als Verstärker für Handfunkgeräte) als Erfolgversprechende Variante für die Zukunft beschrieben.

Die DPoIG erkennt zwar an, dass der „Gateway“-Modus im Einzelfall (bei halbwegs planbaren Einsätzen und bei zuvor feststehender fehlender Netz- anbindung in bestimmten Gebäuden) eine sinnvolle Funktion sein kann. Jedoch ist zu große Euphorie hier nach Meinung der DPoIG nicht angebracht. Immerhin ist die Aktivierung dieses Modus relativ aufwendig, bedarf einer konsequenten Disziplin aller beteiligten Beamten und es müssen eine Menge Vorgaben beach-

tet werden. Nicht zuletzt muss diese Funktionalität von den Kolleginnen und Kollegen im täglichen Dienst auch akzeptiert und als praktikable Variante angenommen werden.

Die DPoIG meint: Bis zur Erreichung eines zufriedenstellenden Zustandes beim Digitalfunk sind noch viele Schritte zu gehen. Der weitgehend einwandfrei und reibungslos funktionierende „Polizeifunk“ ist für die Kolleginnen und Kollegen, die ihren täglichen schweren sowie zuweilen gefährlichen Dienst auf der Straße versehen, ein außerordentlich wichtiges Handwerkszeug. Hier darf es keine Kompromisse oder gar Abstriche geben! Die DPoIG nimmt die Haus- spitze des Innenministeriums in diesem Zusammenhang beim Wort, dass nämlich bei „erkanntem Bedarf auf jeden Fall nachgebessert und gegebenenfalls nachgebaut“ werde.



T. Nommensen

Thomas Nommensen,  
Kreisvorsitzender  
Lübeck-Ostholstein

## Der etwas andere Polizeiseelsorger

# Interview mit Marc Meiritz (Katholischer Landespolizeiseelsorger)

**POLIZEISPIEGEL:** Marc, nach einigen Jahren im Rettungsdienst und bei der Feuerwehr in Hamburg sowie über zwei Jahrzehnte Dienst an verschiedenen Hamburger Polizeikommissariaten sowie im Stab des Lage- und Einsatzdienstes der Hamburger Polizei hast Du nebenberuflich Theologie studiert und das Studium mit dem Schwerpunkt Krisenpastoral abgeschlossen. Du bist seit mehreren Jahren als Diakon und Polizei- sowie Notfallseelsorger tätig.

Welche Bedeutung hat Deine berufliche Erfahrung für Deine heutige Tätigkeit?

**Marc Meiritz:** Diese Erfahrung macht es leichter, den „Apparat Polizei“ zu verstehen. Wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen spreche und sie berate, dann weiß ich, wovon gesprochen wird, da ich selbst im polizeilichen Einzeldienst wie auch bei geschlossenen bundesweiten Einsätzen vor Ort war und es immer noch bin. Ich weiß, wie das ist und wie man sich fühlt, wenn man vom polizeilichen Gegenüber geschlagen und getreten und respektlos behandelt wird oder auf Demos mit Flaschen nach einem geworfen wird. Ich möchte keine „verkopften“ Tipps aus irgendwelchen Lehrbüchern

geben, sondern gemeinsame Lösungen finden.

Diesen Anspruch habe ich auch für den berufsethischen Unterricht. Hier sollte grundsätzlich praktische polizeiliche Erfahrung in der Unterrichtsgestaltung im Vordergrund stehen.

**POLIZEISPIEGEL:** Marc, Du bist Landespolizeiseelsorger und Notfallseelsorger. Bei Deiner Tätigkeit als Polizeiseelsorger bist Du Ansprechpartner für Polizeibeamte und deren Angehörige und Familien, die aufgrund von persönlichen wie auch dienstlichen Problemen psychisch und physisch belastet sind.

Gleichzeitig bist Du als Notfallseelsorger für Opfer wie auch für die eingesetzten Beamten nach schweren Unglücksfällen und herausragenden Straftaten ansprechbar, um die Erlebnisse mit ihnen aufzuarbeiten.

Welche Ereignisse und Eindrücke sind Dir dabei besonders in Erinnerung geblieben?

**Marc Meiritz:** Detailliertes kann ich hier natürlich nicht sagen, da ich in besonderem Maße der Verschwiegenheit unterliege. Aber zumindest kann ich über meine Eindrücke als Polizeiseelsorger im Einsatz vom 21. Dezember 2013 in



Hamburg berichten, diese sind mir in besonderer und bleiben der Erinnerung geblieben. Das Maß an Gewaltbereitschaft und Brutalität des polizeilichen Gegenübers war kaum noch zu überbieten.

Dieser Eindruck mit allem Möglichen „bepflastert“ zu werden, was man auf Polizeibeamte nur werfen kann, von Verkehrsschildern, Oktoberfestbänken, Tischen, Pyrotechnik, Flaschen und Steinen. Und das über eine Zeitspanne von mehreren Minuten, der Lärm der Böller, das Klirren von Flaschen, die zerbersten und die ständigen Meldungen von verletzten Kolleginnen und Kollegen über Funk.

Und dann wird mir plötzlich im Einsatzgeschehen zur Betreuung eine junge Kollegin anvertraut. Kurz zuvor war sie von Steinen „bepflastert“ und getroffen worden. Sie war verletzt und zitterte am ganzen Körper und sagte mit weit aufgerissenen Augen zu mir: „Ich möchte wieder zu meiner Einheit!“ Dieses gesamte Demonstrationsgeschehen war so heftig und ging unter die Haut und bleibt ein Ereignis, dass ich so noch nie erlebt hatte.

Als leitender Notfallseelsorger ist mir die Loveparade in Duisburg 2010 als besonderer Einsatz in Erinnerung geblieben. Die ständige Begegnung mit dem Tod hinterlässt auch bei mir Spuren.

**POLIZEISPIEGEL:** Beamte, die sich Hilfe suchend an Dich wenden, müssen Vertrauen finden und erwarten ganz sicher auch Verschwiegenheit und Vertraulichkeit von Dir.

Welchen Stellenwert haben diese Eigenschaften für Dich in Deiner Tätigkeit und was können die Kolleginnen und Kollegen in diesem Zusammenhang von Dir erwarten und voraussetzen?



> Landespolizeiseelsorger Marc Meiritz

## > Info

Marc Meiritz, Jahrgang 1963, ist Polizeiseelsorger. Nach einer Ausbildung in der Seeschifffahrt, einigen Jahren bei der Feuerwehr und im Rettungsdienst in Hamburg, war er 25 Jahre lang Polizeibeamter in Hamburg. Seit Februar 2011 ist er Landespolizeiseelsorger für Hamburg und die Landespolizei Schleswig-Holstein mit Dienstsitz in der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und die Bereitschaftspolizei (PD AFB) in Eutin. Marc Meiritz ist seit 2009 Mitglied in der DPoIG.

**Marc Meiritz:** Für mich als Polizeiseelsorger, sind Verschwiegenheit und Vertraulichkeit die Arbeitsgrundlage schlechthin. Kolleginnen und Kollegen, die zu mir kommen, können sich sicher sein, dass ihre Anliegen bei mir sicher sind. Darüber hinaus unterliege ich dem Seelsorgegeheimnis und dem Zeugnisverweigerungsrecht und habe daher einen besonderen Status.

**POLIZEISPIEGEL:** Welche Eigenschaften sind Dir bei Deiner Tätigkeit und im Umgang mit Kolleginnen und Kollegen besonders wichtig und welche empfindest Du gegebenenfalls als besonders schwer erträglich?

**Marc Meiritz:** Besonders wichtig ist mir ein offener und fairer Umgang auf Augenhöhe, die Kolleginnen und Kollegen ernst nehmen, zielorientiertes Arbeiten, gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen Lösungen zu finden.

Und manchmal ist es auch „nur“ ein Dasein und ein Zuhören!

Besonders schwer erträglich ist für mich die Art und Weise, wie in der Polizei mit Veränderungen und Konflikten umgegangen wird. Und welche Intensität ein paar wenige aufwenden, um anderen Kolleginnen und Kollegen zu schaden. Wünschenswert wäre, diese Intensität für dienstliche

Belange aufzuwenden, statt sich in Neid und Missgunst zu verbeißen.

Vermehrt wird die Frage an mich herangetragen, ob sich Leistung noch lohnt? Diese Frage stelle ich mir zunehmend auch. Motivation und Demotivation werden in Zeiten von Veränderungsprozessen immer deutlicher und nehmen in den Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen viel Raum ein.

Deutlich wird hier, dass das Thema Wertschätzung in unserer Polizei zu kurz kommt.

**POLIZEISPIEGEL:** In Deiner Tätigkeit als Polizeiseelsorger geht es Dir neben den persönlichen und vertraulichen Kontakten auch darum, die Arbeitsbedingungen und das berufliche Umfeld für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu verbessern.

Als wie wichtig erachtest Du in diesem Zusammenhang das Wirken von Polizeigewerkschaften?

**Marc Meiritz:** Grundsätzlich stellen Gewerkschaften ein regulativ gegenüber der Dienststelle und dem Dienstherrn dar. Ohne Gewerkschaften hätten wir nicht die heutigen Arbeitsbedingungen in der Polizei, obwohl diese mit Sicherheit noch verbesserungsbedürftig sind.

Um es kurz zu machen: So wichtig wie die Polizei für unsere Gesellschaft ist, so unverzichtbar ist für die Polizei eine starke Polizeigewerkschaft. Eine, die nicht nur redet, sondern sich kümmert!

Aus diesem Grund ist mir der Kontakt mit den Gewerkschaften auch so wichtig, da es viele thematische Überschneidungen zwischen Gewerkschaftsarbeit und der Seelsorge gibt.

**POLIZEISPIEGEL:** Marc, wir danken Dir für das Interview und die offenen Worte! ■